

# Bundesregierung verweigert Reparationszahlungen

**Berlin.** Die Bundesregierung sieht keinen Grund für neue Forderungen Griechenlands aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs. Das sagte der Sprecher des Finanzministeriums, Martin Jäger, am Montag in Berlin. Bald 70 Jahre nach Kriegsende habe die Reparationsfrage ihre Berechtigung verloren. Anlass sind Presseberichte, wonach aus Sicht der griechischen Regierung Berlin noch elf Milliarden Euro zurückzahlen müsste - für einen Zwangskredit, den das Land während der deutschen Besatzung gewährt habe, sowie zu Zwangsanleihen aus dieser Zeit. »Es liegt uns keine Forderung der griechischen Regierung diesbezüglich vor«, so Jäger. Entsprechende Zwangsanleihen aus der Zeit müssten aus Sicht der BRD nicht zurück gezahlt werden. »Das ist eine fundierte Einschätzung des Bundesfinanzministeriums, die selbstverständlich auch den rechtlichen Aspekt mit einschließt«, sagte Jäger. Im Zwei-plus-Vier-Vertrag aus dem Jahre 1990 sei von Reparationen keine Rede gewesen. »Deshalb sehen wir für eine solche Forderung keine Grundlage.« (dpa/jW)

*<https://www.jungewelt.de/artikel/254702.bundesregierung-verweigert-reparationszahlungen.html>*